
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 20/3 (1993)

DOI: 10.11588/fr.1993.3.58771

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Parlaments und vor allem des einzelnen Abgeordneten führen sollen, erfordern meist keine – nur schwierig und langwierig zu bewerkstellende – Verfassungsänderungen: u. a. soll der Abgeordnete »verfügbarer« werden für seine Aufgabe durch ein Verbot jeglicher Mandatskumulierung, sein Initiativrecht soll gestärkt, seine Arbeitsmittel sollen verbessert, die Fraktions- (bzw. Partei-) Disziplin sollte gelockert werden; dem Parlament müßte mehr Zeit gegeben, die Plenardebatten sollten reformiert und erneuert werden ... Aber auch diese Reformvorschläge würden die Gesamtstruktur der V. Republik erheblich verändern: nicht nur würde das Übergewicht der Exekutive abgeschwächt, sondern der französische Parlamentarismus drohte zurückzufallen in die unorganisierten, quasi-anarchischen Formen der III. und der IV. Republik mit den bekannten Konsequenzen (politische Instabilität, unzureichende Handlungsfähigkeit und Effizienz der Regierung ...).

In Belorgeys Bericht bricht immer wieder das – bei einem Abgeordneten der damaligen Regierungsfraktion besonders starke – Unbehagen am Mehrheitsparlamentarismus, der in disziplinierte Fraktionen strukturiert ist, durch. Auch wenn er wiederholt die Notwendigkeit und die Bedürfnisse einer stabilen Regierung betont, so ist die Nostalgie nach einem Parlamentarismus, in dem der einzelne Abgeordnete noch nicht durch die parteienstaatliche Entwicklung in erheblichem Ausmaß »entmündigt« war und in dem die Mehrheitsfraktion(en) noch nicht durch die Loyalitätspflicht gegenüber der Regierung in ihrer Handlungs- und Kontrollfähigkeit gelähmt waren, doch unüberhörbar. Ob diese Sehnsucht nach der »goldenen Zeit« des Parlamentarismus die nötigen Reformen am System der V. Regierung orientieren kann und soll, muß freilich sehr bezweifelt werden.

Adolf KIMMEL, Würzburg

Pierre BÉHAR, *Du I^{er} au IV^e Reich. Permanence d'une nation, renaissances d'un état*, Paris (Editions Desjonquières) 1990, 190 S.

Normalerweise würde ein solches Buch, das keinerlei Bibliographie und kein Register hat und – dies ist ja eher positiv zu vermerken – nur sehr wenige Anmerkungen, in dieser Zeitschrift nicht besprochen. Der Grund für eine Besprechung ist, daß das Werk symptomatisch für eine relativ weit verbreitete Art ist, in der man sich in Frankreich mit Deutschland beschäftigt, vor allem nach der Vereinigung. Es wird wieder mit Geopolitik gearbeitet, das recht unpräzise Konzept »Mitteleuropa« feiert fröhliche Urständ, Geistesgeschichte wird wieder zur »Histoire« avec un grand »H«, der deutsche Wald wird wieder zum Raunen gebracht, teils auf höherem, teils auf recht niedrigem Niveau wie hier.

Historisch genau geht's hier jedenfalls nicht zu: da der Begriff »Nation« und seine Entwicklungsstadien nie definiert werden, ist es nicht verwunderlich, daß es zwischen Deutschland und Italien im Mittelalter einen »Nationalismus« gibt (S. 23), Deutschland (was ist das eigentlich damals?) hat im 10. Jh. keine »natürlichen Grenzen« (ein Konzept des späten 18. Jh.) und kann deshalb keine Zentralisierung entwickeln (S. 15). Mit dem Imperialismus geht's uns ähnlich: »Le peuple allemand n'est pas (...) plus imperialiste que ne l'était avant lui le peuple romain ou que ne le seront après lui les Espagnols sous Philippe II, les Français du Grand Siècle etc. ...« (S. 21). Dergleichen hätte nicht einmal Lenin zu schreiben gewagt oder Vertreter der Komintern in ihrer großen Zeit; mit denen ist sich jedoch Béhar einig darüber, daß Wilsons Völkerbund und die UNO imperiale Instrumente der USA sind, die an den Staat Ottos des Großen erinnern (ebda.).

Anschließend wird Völkerpsychologie getrieben: die Völker, die erst kürzlich ins Konzert der Nationen eingetreten sind, seien so jugendlich naiv (sic!), alte, verlorene Ideale (sic!) verwirklichen zu wollen (ebda.).

Die große geopolitische Obsession Béhars ist der Limes. Die Sprach-, Kultur- und Religionsgrenze scheidet das heidnisch gebliebene germanische Volk vom römischen Chri-

stentum, daher der große Erfolg ... Luthers und seiner Reformation. Luther als Reinkarnation Ottos, Barbarossas und Friedrichs II. (S. 45) stellt das altgermanische Priesterkönigtum wieder her (*huius regio, eius religio*) und kommt mit der Aufwertung des alttestamentarischen Gottes der Gottesidee der Sachsen, die sich nördlich des Limes seit dem 10. Jh. mentalitätsmäßig kaum geändert hatten, sehr nahe (S. 55f.). Der Leser ist dann nicht mehr überrascht, eineinhalb Seiten später beim Deutschen Christentum der Nationalsozialisten angelangt zu sein; deren Protagonist war aber doch von südlich des Limes gekommen mit seinem ursprünglich sehr katholischen Antisemitismus. Das aber kann Béhar natürlich nicht so schreiben, denn der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn ist sein Modell gegen Preußen-Deutschland und für das 21. Jh. »L'Autriche (...) rassemblait au cœur de l'Europe l'essentiel des pays qui échappaient à la domination de l'Allemagne et de la Russie: Autriche proprement dite, Bohême, Slovaquie, Galicie, Hongrie, Transylvanie, Croatie, Dalmatie, Bosnie-Herzégovine. Cette grande survivance semble aujourd'hui presque prophétique: une sorte de modèle de confédération pour l'Europe du XXI^e siècle« (S. 132). Da nimmt es nicht wunder, wenn der Autor eines seiner geschätzten »wenn« wieder einbringt: Wenn man nach dem I. Weltkrieg Österreich auf Kosten Deutschlands gestärkt hätte – zumal nach Béhar die meisten Nationalitäten gar nicht von Österreich-Ungarn unabhängig sein wollten, das »Gefühl einer natürlichen Schicksalsgemeinschaft verband sie« (ebd.) – wenn, ja wenn, dann wäre Europa der II. Weltkrieg sicher erspart geblieben (S. 137).

Bezeichnend für die etwas spärlichen Literaturangaben des Autors sind zwei Autoren für das 20. Jh.: Edmond Vermeil, dessen völkerpsychologisch deterministische Anschauungen über Deutschland doch reichlich überholt sind, und der ernationalistische Deutschenfresser Jacques Bainville, der bezeichnenderweise von dem ebenso nationalistischen Friedrich Grimm 1939 übersetzt wurde – zum Zwecke antifranzösischer Propaganda. Dergleichen sollte man undiskutiert heute nicht mehr benutzen. Das Groteskeste an dem Buch ist jedoch die Tatsache, daß das IV. Reich aus dem Titel im Text kein einziges Mal erscheint. Soll das heißen, daß es noch nicht, nicht mehr existiert? Oder ist damit vielleicht das idyllische europäische Kakanien des 21. Jh. gemeint?

Der Rezensent erlaubt sich als Fazit auch ein »wenn«: Wenn Béhar nicht einen deutsch-französischen Lehrstuhl in Saarbrücken inne hätte, wenn er nicht Preisträger des renommierten Straßburger Preises wäre, der für wichtige Veröffentlichungen auf deutsch-französischem Gebiet verliehen wird, und wenn nicht eine ganze Reihe von französischen Publizisten, Germanisten, ja auch Historikern Ähnliches veröffentlichten, dann, ja dann hätte der Rezensent überhaupt nicht zur Feder gegriffen.

Fritz TAUBERT, Paris

Daniel VERNET, *La Renaissance Allemande*, Paris (Flammarion) 1992, 222 S.

Daniel Vernet ist Chefredakteur der Tageszeitung »Le Monde« und seit Jahrzehnten intimer Kenner der politischen Szene in Deutschland. Sein Buch ist ein kluger und kenntnisreicher Essay über die neue Rolle, die das vereinte Deutschland vor allem in Europa, aber auch in der Weltpolitik spielen kann und (aus französischer Sicht) spielen sollte. Auch wenn seine Ausführungen auf einige deutsche Leser belehrend wirken mögen, so sind sie doch umfassend und fair. Vernet hat für einen französischen Leserkreis geschrieben; daher wirken einige Betonungen und Wiederholungen auf uns vielleicht ermüdend, aber seine »andere« Perspektive ist zugleich erfrischend und anregend.

Während seine Darstellung in den ersten Kapiteln oft weit historisch zurückgreift, bleibt sie in der zweiten Hälfte ganz in den Ereignissen seit 1989 verfangen. Zwar zitiert er überwiegend aus Zeitungsartikeln und tagespolitischen Publikationen, doch hat er auch die bekannteren historiographischen Arbeiten der letzten Jahre rezipiert. Viele Passagen lassen eine spitze